

Der Trödelmarkt muss bleiben



Der Trödelmarkt vor dem Rathaus Schöneberg ist politisch nicht gewollt. Bürgerliche Politiker ziehen alle Register, um dem beliebten und stark besuchten Markt den Garaus zu machen.

Die Antwort auf die Anfrage zum Erhalt des Trödelmarktes bei der BVV (Bezirksverordnetenversammlung) am 21.11. sah nach einer entsprechenden Abservierung aus. Alle Pro-Argumente machten keinerlei Eindruck auf die schon im Vorhinein festgelegte Meinung. Es soll ein Kunst- und Antiquitätenmarkt dort entstehen. Ihnen sind die brennend sozialen Bedürfnisse, die verbunden sind mit diesem Markt, völlig aus ihrem politischen Blickfeld geraten. Ihr Argument von der historischen Bedeutung dieses Platzes, wird in keiner Weise durch den Trödelmarkt geschmälert oder aufgehoben. Im Gegenteil, in Erinnerung an die Freiheitsglocke und des Kennedy-Besuches repräsentiert gerade ein bunter Trödelmarkt. Mit seiner sozialen und ethnischen Betriebsamkeit wird der Wille der Bevölkerung zu einem friedlichen und sich gegenseitig ergänzenden Zusammenlebens

demonstriert. Zum anderen, die „Berücksichtigung“ der Anwohner wegen angeblicher Lärmbelästigung ist durch die Umetikettierung des Marktes auch nicht gewährleistet.

Der Tourist, der nach Berlin kommt, sucht nicht nur die historischen Stätten auf, sondern möchte auch von der Lebendigkeit dieser Stadt etwas mitbekommen. Kunst- und Antiquitätenmärkte gibt es überall in Europa und sie ähneln sich, aber Trödelmärkte sind auch etwas Typisches für Berlin. Und hier bietet sich beides zusammen. Der historische Standort und das quirlige Leben des Trödelmarktes.

Es wäre zu wünschen, dass die Betroffenen endlich einmal ihre Interessen basisdemokratisch umsetzen könnten. Wenn schon Kaufhäuser, Boutiquen, Restaurants etc. für die Mehrheit der Bevölkerung (gering Verdienende, sozial Schwächere) eine hohe finanzielle Hürde darstellen, müssen gerade öffentliche Plätze für alle Bevölkerungsschichten nutzbar sein.

Lesen Sie in dieser Ausgabe:

- 2** Weihnachtsfeiern - in der BVV offene Fragen
■ Kommunales
- 3** Neulich in der BVV ■ Weitere BVV-Vorlagen
- 4** Basisorganisationen in Tempelhof-Schöneberg
■ Was ein Genosse will
- 5** Aus der Linksfraktion im Bundestag ■ Wahlimpressionen aus Guatemala
■ Jein
- 6** Datensammelwut? ■ Pizzabestellung 2008
- 7** Antikommunismus in Estland ■ Offene Antwort an Ed Koch ■ Geschlechtsspezifische Sozialarbeit
- 8** Eine starke Berlinerin aus Guinea ■ Zur Geschichte: Der schwarze Kapellmeister
- 9** Alle Jahre wieder ■ Stichwort: Terrorismus
- 10** Ackern bis zur Gruft ■ Hartz-IV-Nachrichten
- 11** Sybill Klotz: Das Recht und das Geld ■ Josef M. - krank oder arbeitsfähig?
- 12** Şartlar değışme-dikçe ■ Friede auf Erden

Veranstaltung nach den UN-Verhandlungen:

Was wird aus dem Kosovo?

Donnerstag,
13. Dezember,
19 Uhr,
Rote Insel,
Feurigstr. 67/68

*Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern
ein friedliches Weihnachten und ein gutes neues Jahr 2008!*

Bleiben Sie uns auch im neuen Jahr treu!

Die Linke. Tempelhof-Schöneberg

Weihnachtsfeiern – in der BVV offene Fragen

Stadtrat Krömer (CDU):

Nun doch gegen Wohnungsbordelle



Seine Antwort auf eine Anfrage lässt nichts Gutes erwarten. Die BVV hatte wiederholt

eindeutige Beschlüsse (inklusive CDU) zum Erhalt von kleinen, selbstbestimmten Wohnungsbordellen gefasst. Großenrichtungen sollten nicht gefördert werden, wie sie überall zur Immobilienverwertung geplant werden.

Krömer hat nun eine geänderte Praxis im Bezirk angekündigt. Der Senat hatte die Bezirke für zuständig erklärt, nun müsse er nach eigener Rechtsbeurteilung vorgehen. Es gäbe eine eindeutige Rechtsprechung, die es verlange, bei Beschwerden kleine Wohnungsbordelle zu schließen. Den Betroffenen stünde ja der Rechtsweg dann offen und könnten damit eine Änderung der Rechtslage bewirken.

Gegen fünf Einrichtungen sollen Verfahren laufen. Ob die SPD-Fraktion vor dem, von ihr gestützten, Bezirksamt einknickt und den neuen Kurs akzeptiert? Wenn nicht, kann sich die BVV sicher etwas zur Zählung des Stadtrats einfallen lassen! Harald

Spenden für Projekte von Malalai Joya

In der letzten Ausgabe berichteten wir, dass Renate Künast vor dem Bundestag die afghanische Menschen- und Frauenrechtlerin verunglimpft hatte. Frau Künast wohnt hier und hat zuletzt in Tempelhof-Schöneberg für den Bundestag kandidiert. Besucher eines privaten Festes des Verordneten Der Linken beteiligten sich in Reaktion auf den Vorfall, an einer Sammlung zur Unterstützung von Projekten von Frau Joya. 125 Euro konnten für Gesundheitsprojekte in Farah City überwiesen werden.

Weitere Informationen zur Arbeit von "Organization for Promoting Afghan Woman Capabilities" (OPAWC), deren Geschäftsführerin Malalai Joya ist, unter: www.geocities.com/opawc

Spenden: Derzeit leider nur über Kreditkarte. Siehe: https://www.malalajoya.com/donor/donor_info.php

Harald

Der Antrag, den Die Linke und WAS-B gemeinsam im Oktober (wir berichteten) einbrachten, hatte zwei Fragen angesprochen: 1. Die zunehmende Kinderarmut, und ob der Bezirk zu Weihnachten dazu etwas besonderes gestalten kann? Vorschlag: Unterstützung von Weihnachtsfeiern in den örtlichen Ausgabestellen der "Berliner Tafel". 2. Ein Finanzierungsvorschlag, der eine Kritik an der Verwendung von 8.000 Euro für eine Weihnachtsfeier bzw. "Parlamentarischen Bierabend" der BVV beinhaltete.

Aufgrund des heftigen Widerstands aller Fraktionen und einer angekündigten geschlossenen Ablehnung, zogen wir den Antrag zurück. Vorher hatte es die Zusicherung gegeben, dass das Thema im Sozialausschuss aufgegriffen wird, um gemeinsame Vorschläge zu entwickeln.

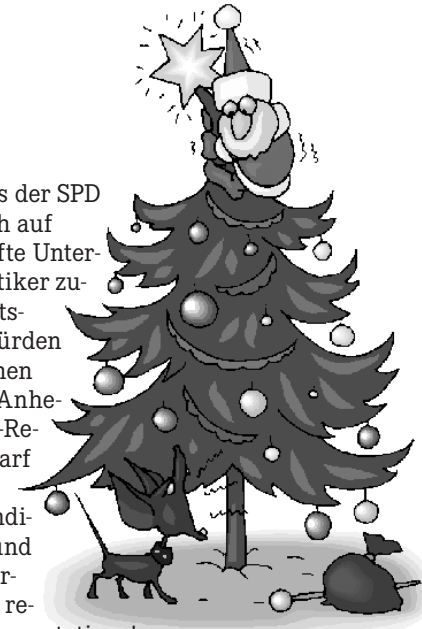
Erreicht wurde, dass sich (offenbar erstmals) der Ausschuss intensiv von einer Vertreterin der "Berliner Tafel" über deren Arbeit und konkreten Problemen berichten ließ. Einmütig hielt der Ausschuss die Arbeit für wichtig. Zur konkreten Ausrichtung von Weihnachtsfeiern konnte die Vertreterin des Dachverbands wenig sagen, weil dies Angelegenheit der selbständig arbeitenden, lokalen Ausgabestellen ist. Der Ausschuss einigte sich darauf, in einer Abstimmungsrunde eine Beschlussvorlage zur Unterstützung der "Berliner Tafel" und zu Weihnachtsfeiern für bedürftige Kinder zu erarbeiten. Die interfraktionelle Diskussion läuft nun auf folgende Vorschläge hinaus: Werbung für eine Mitgliedschaft bei der "Berliner Tafel" (an alle BVV-Mitglieder) und Spendenauftrag bei dem "Parlamentarischen Bierabend" (12.12. nach der BVV). Bezüglich der Weihnachtsfeiern soll auf die alljährliche Veranstaltung im Rathaus Tempelhof hingewiesen werden.

Es ist erfreulich, dass die von uns angeschobene Diskussion nun größere Aufmerksamkeit und Unterstützung für die "Berliner Tafel" erbracht hat.

Wenn auch der aus der SPD geäußerte Wunsch auf "stärkere dauerhafte Unterstützung", für Politiker zumindest ein Armutszeugnis ist. Wir würden lieber mit politischen Maßnahmen (z.B. Anhebung des Hartz IV-Regelsatzes) den Bedarf für "Almosen" zur Ergänzung notwendiger Lebensmittel und akuter Unterversorgung von Kindern reduzieren – statt zu verstetigen!

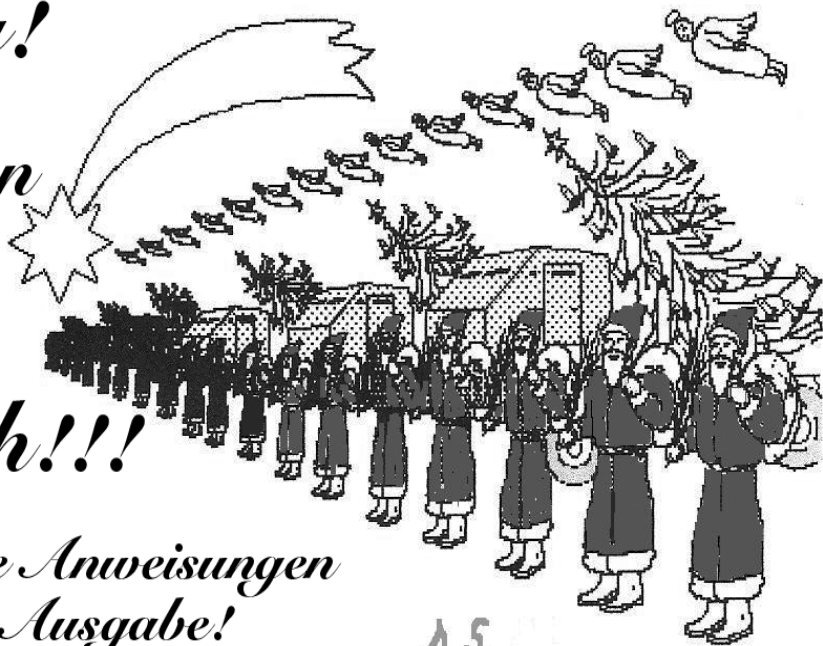
Es bleibt die Frage nach den BVV-Mitteln für den "Parlamentarischen Bierabend": Die Fraktionen haben geschlossen abgewehrt. Argumente: Alte Tradition zur Würdigung von Ehrenamtlichen aus dem Bezirk, Ausspielen von berechtigten Interessen, Haushaltstitel dürften nicht in Anträgen angesprochen werden – sondern erst im Hauptausschuss. Nach unserer Rundfrage gibt es in keinem anderen Berliner Bezirk ähnliche Regelungen. Vielleicht sollte man Ed Koch aufgreifen, der in "paperpress" nur von 4.000 Euro für den "Bierabend" geschrieben hat. Das wäre ja schon mal eine Halbierung – und eine Verwendungsmöglichkeit für andere sinnvolle Aufgaben. An so vielen Stellen wird argumentiert, dass etwas nicht finanzierbar sei – so z.B. jetzt die Koordinierungsstelle für Mädchenarbeit. Wir werden zunächst überprüfen, welchen Anteil tatsächlich Ehrenamtliche an der Feier haben, neben allen möglichen Repräsentanten aus den Fraktionsparteien, Pressevertretern u. v. m. Für uns bleibt es jedenfalls ein Thema, praktisch dann vielleicht erst 2008.

Harald Gindra, Bezirksverordneter Die Linke



Achtung!
Weihnachten
steht dicht
vor dem
Ausbruch!!!

Besondere Anweisungen
in dieser Ausgabe!



A.5.

Neulich in der BVV

Die Bezirksverordnetenversammlung am 21. 11. 07 fand trotz des offenen Unwillens der Mitglieder statt.

Als Themen hatten sich schon vorher u. a. der Trödelmarkt vor dem Rathaus Schöneberg und andere empfohlen.

Zur Bürgerfragestunde hat dann eine Frage nach der Zukunft des Trödelmarktes eine ausführliche Antwort zur Folge: der Trödelmarkt ist über den Bezirk hinaus bekannt, da er sich an historischer Stelle befindet. Darum muß sein Erscheinungsbild verbessert werden. Was er unter verbessern versteht, sagt Stadtrat Schworck nicht.

Große Anfragen

Die Großen Anfragen beschäftigten sich mit einem breiten Spektrum von Themen:

■ Die vertiefte Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler wird als wichtig angesehen, so dass es logisch ist, eine Ausweitung des Programmes auf alle Schultypen zu verlangen.

■ Die Automärkte in Tempelhof-Ost sind auch schon mehrmals Thema gewesen. Die dortigen Zustände werden als unhaltbar kritisiert. Die Polizei führt verstärkte Kontrollen durch. Das Planwerk Süd-Ost des Senates entwickelt dort ein Industriegebiet. Die Verlagerung und Eröffnung neuer Automärkte wird von der CDU abgelehnt, da dort wieder Probleme erwartet werden.

■ Die Perspektiven der Frauen- und Mädchenpolitik sind nicht auf die Probleme Arbeitsmarkt und häusliche Gewalt zu beschränken. Es entwickeln sich ständig neue Problemlagen, auf die aktuell reagiert werden muß, wie z. B. die Konflikte junger Migrantinnen mit ihren Eltern in Bezug auf Bruch mit alten Traditionen und Entwicklung von selbstbestimmtem Leben.

■ Der Jugendschutz durfte auch nicht fehlen: Im Bezirksamt wurde ein System von Abstimmungen und Information eingerichtet, um effektiv wirken zu können. Dabei ist eine Verlagerung des Alkoholkonsums in die Öffentlichkeit und ein sinkendes Eintrittsalter dafür zu beobachten. Aus Personalmangel sind verdachtsunabhängige Kontrollen von Einrichtungen nicht möglich. Der Austausch mit anderen Bezirken soll zu einer einheitlichen Vorgehensweise führen.

■ Die Antwort auf die Große Anfrage zur Tagespflege drückte die Sorge um einen Rückgang des Angebotes aus, da zum Jahresanfang die Tagespflegepersonen ihr Einkommen versteuern sollen. Das Bezirksamt unternimmt viel auf Landes- und Bundesebene, um zumindest eine Übergangsfrist zu erreichen.

Dagmar Krebs

Weitere BVV-Vorlagen im November

An dieser Stelle wollen wir die Transparenz über die Arbeit in der BVV verbessern. Wir listen stichpunktartig eine Auswahl der behandelten Vorlagen und ihre Beratungsergebnisse auf.

(Drs. = Drucksache; BA = Bezirksamt; BE = Beschlußempfehlung; KL = Konsensliste)

- Beteiligung bei der Planung von Fahrradwegen (Drs 0205 Mitteilung des BA / Initiative des Kinder-/Jugendparlament)
Ergebnis: Zur Kenntnis genommen
- Zuschüsse zur Sanierung von Spielplätzen (Drs 0225 Mitteilung des BA / Initiative des Kinder-/Jugendparlament)
Ergebnis: Zur Kenntnis genommen
- Eingaben und Beschwerden per Internet (Drs 0240 - Vorlage des BV-Vorstehers)
Ergebnis: Zur Kenntnis genommen
- Der Opfer des Novemberprogramms erinnern (Drs 0442 von SPD)
Ergebnis: Beschluss (KL)
- Angemessenes Umfeld fürs Ehrenamt schaffen - Thomas-Dehler-Bibliothek (Drs 0445 von FDP)
Ergebnis: Überweisung in Haupt-Ausschuss sowie ans Facility Management (Gebäudewirtschaft) (KL)
- Wohnungen für Asylbewerber (Drs 0447 von Die Linke)
Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Soziales sowie Frauen, Integration und Quartiere (KL)
- Alkoholverbot auf Spielplätzen und in Parkanlagen (Drs 0449 von CDU)
Ergebnis: Überweisung Ausschuss Gesundheit (KL)
- Verschuldung von Tagespflegepersonen entgegen-treten (Drs 0455 von Bündnis 90/Die Grünen)
Ergebnis: Beschluss (KL)
- Bezirksbehindertenbeirat auf neue rechtliche Grundlage stellen (Drs 0459 von CDU)
Ergebnis: Überweisung Ausschuss Gesundheit (KL)
- Umwelt- und Ordnungsrecht im Umfeld von Autohandelsplätzen (Drs 0467 von Bündnis 90/Die Grünen)
Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Bürgerdienste sowie Stadtplanung (KL)
- Abhörschutz für Reisepässe mit Funkchip (Drs 0469 von Bündnis 90/Die Grünen)
Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Bürgerdienste (KL)
- Türkisch auch in der Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg (Drs 0470 von SPD)
Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Kultur (KL)
- Neues Nutzungskonzept für den Rathausvorplatz (Drs 0474 von SPD und CDU)
Ergebnis: Beschluss (KL)
- Kostenneutralität für Anwohner in Friedennauer Senke - Regenwasserentwässerung (Drs 0374 BE Ausschuss Umwelt...)
Ergebnis: Beschluss
- Kiezentwicklung - Bahnflächen I+II (Drs 0379 und Drs 0381 BE Stadtplanung)
Ergebnis: Beschluss (KL)
- Ursache für Nicht-Teilnahme am Mittagessen in Ganztagschulen (Drs 0196 Mitteilung des BA)
Ergebnis: Überweisung in Schulausschuss (KL)
- Öffentlicher Gesundheitsdienst (Drs 0311 Mitteilung des BA)
Ergebnis: Zur Kenntnis genommen (KL)



Unser Bezirksverordneter



Harald Gindra

Termine nach telefonischer Vereinbarung

Telefon: 0173-842 72 49

EMail: Linke.bvv.ts@google-mail.com

Büro und Erreichbarkeit im Rathaus:

Raum 2036

Sprechstunde immer donnerstags von 14-18 Uhr
Tel. 030/75 60 48 98

Arbeitskreis Kommunales (AKK)

In offener Diskussion, Gäste sind ausdrücklich eingeladen, begleitet der Arbeitskreis unsere Arbeit in der BVV. Mitglieder, andere kommunal Interessierte und von bezirklichen Entscheidungen Betroffene können auf diese Weise Einfluss auf Vorlagen in der BVV nehmen.

Nächste AKK-Sitzung

Freitag, 11.1., 18 Uhr im Rathaus Schöneberg, Raum 2036

Direkte Demokratie

Wir fordern auf, die Einwohnerfragestunde zu jeder monatlichen BVV-Sitzung zu nutzen. Alle bezirklichen Themen können angesprochen werden. Wir unterstützen Sie gerne dabei. Interessierte sind ständig eingeladen, die Beratungen der Ausschüsse der Bezirksverordnetenversammlung zu besuchen. Informationen erhalten Sie bei uns.

BVV-Sitzung

Die nächste BVV-Sitzung findet am Mittwoch, dem 12. Dezember, um 17 Uhr im BVV-Saal (2. Stock) im Rathaus Schöneberg statt.

Eingaben und Beschwerden per Internet

Auf der Internetseite des Bezirks ist es nun möglich, Eingaben und Beschwerden online einzureichen. Dabei besteht auch die Möglichkeit digitaler Anlagen, Dokumente oder Bilder anzuhängen, um das Problem näher zu erläutern.

Die Einwohnerzusendungen werden an den zuständigen BVV-Ausschuss weitergeleitet. Kontaktformular: <http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik/bvv/formular.php>

Was ein Genosse will

Vor etwas über einem Jahr bin ich der damaligen Linkspartei eingetreten, mit dem klaren Blick auf das Projekt der vereinigten Linken, denn mit meinen nun sechzig Jahren kocht mein Blut angesichts der totalen Herrschaft von Neoliberalismus und Kapitalinteressen sowie Kriegspolitik ohne jedes eigene Bedrohtsein über. Die Frage "ist der Kapitalismus das letzte Wort der Geschichte?" ist auch meine und die Antwort, die ich will, lautet "nein!". So bin ich der damaligen Linkspartei offen als jemand beigetreten, der gegen die Fortsetzung der Berliner Koalition ist, selbstverständlich das Votum der Mehrheit respektierend.

Unsere Existenzberechtigung

Keine Frage, die Existenzberechtigung der LINKEn liegt in ihrer Vertretung der Lohnabhängigen, der Schwachen und Ausgegrenzten sowie der durch einen entfesselten Kapitalismus Enteigneten, sie liegt auch in dem Anspruch, im Namen dieser Gesellschaft nicht noch mehr derartiges Unrecht in der übrigen Welt anzetteln zu lassen. Damit ist sie das Hassobjekt der Kapitaleigner und ihrer politischen, medialen und militärischen Lakaien und Einflußagenten. Und die führen ein rigoroses Regime in der "öffentlichen Meinung".

Die Basis ist das Wichtigste

Damit dieser Meinungsmache wirkungsvoll entgegen getreten werden kann, aber vor Allem, damit diese Ziele vertreten und keine schlechende Degeneration wie bei den Grünen eintritt, braucht es eine starke und kämpferische Basis. Dabei wünsche ich unseren Basisorganisationen viel Erfolg für 2008!

Andreas Schlüter

Basisorganisationen in Tempelhof-Schöneberg

BO Schöneberg – das machen wir



Die BO (Basisorganisation) ist eine Untergliederung des Bezirksverbandes.

Wir treffen uns einmal monatlich in der Roten Insel; 6-12 Mitglieder nehmen regelmäßig an dem Treffen teil.

Unsere Initiativen bestehen darin, den Kontakt auf der Straße mit der Bevölkerung zu halten, ein Ohr für die Probleme der Menschen zu haben, aber auch unsere Politik den Menschen näher zu bringen, irrationale Vorurteile gegenüber den Roten abzubauen.

Es werden Anfang des Monats regelmäßig Info-Stände organisiert, an denen wir unsere monatlich erscheinende Bezirkszeitung verteilen und mit den Menschen ins Gespräch kommen. Je nach Anlass sammeln wir Unterschriften, rufen zur Demo auf und weisen auf kulturelle Veranstaltungen hin. Kiezbezogene Veranstaltungen und Berichterstattungen in der Lupe fallen ebenso in unseren Aufgabenbereich.

Zweimal im Monat gibt es die Inselgespräche, ein Treffen für Mitglieder und Sympathisanten

der Linken, bei denen über aktuelle politische Fragen diskutiert wird. Unsere Aufgaben sollen im Allgemeinen der **kommerzialiserten** politischen Kultur in diesem Kiez etwas entgegensetzen, andere Standpunkte bzw. Ansichten gegenüber dem „Mainstream“ zu vertreten.

Einige Beispiele unserer zusätzlichen Aktivitäten in der BO, die in den letzten Wochen stattfanden bzw. noch am Laufen sind:

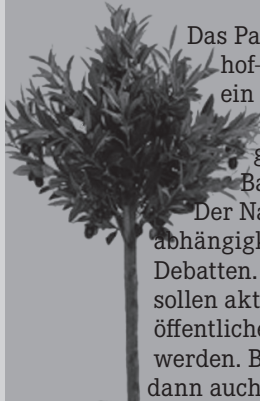
■ Anlässlich einer Bildungsmesse für Jugendliche Anfang Oktober im Rathaus Schöneberg, wo die Bundeswehr wie selbstverständlich unter den Ausbildungsplatzanbietern vertreten war, verteilten wir die Oktober-Ausgabe der Lupe mit dem passenden Artikel „Der Hindukusch reicht bis nach Schöneberg“ (Flugblatt folgte).

■ Am Freitag, dem 9.11., Verteilung des Flugblattes zum Gedenken an die Reichspogromnacht, und der aktuellen Lupe mit entsprechendem Artikel.

■ Desweiteren Aktionen zum Erhalt des Trödelmarktes vor dem Rathaus Schöneberg, Flugblatt- und Lupeverteilung. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser kiezwichtige, zentrale nicht kommerzielle Markt erhalten bleibt.

Bei all diesen Aktionen haben wir mehr Zustimmung erhalten als erwartet, was uns bestätigt, basisorientiertes Handeln ist notwendig. E.W.

Das Prinzip Olivenbaum – für Offenheit und Transparenz



Das Parteileben der LINKEn Tempelhof-Schöneberg ist ab sofort um ein Gewächs reicher: Auf Betreiben ehemaliger WASG-Mitglieder traf sich erstmals die Basisorganisation Olivenbaum.

Der Name steht für Strömungsunabhängigkeit und scheuklappenfreie Debatten. In möglichst lockerer Runde sollen aktuelle Themen diskutiert und öffentliche Veranstaltungen geplant werden. Beim ersten BO-Treffen wurde dann auch spannend und kontrovers über den Streik der GDL und seine möglichen Auswirkungen auf Tarifeinheit und Gewerkschaftsbewegung diskutiert. Auch über die Vorgänge in Myanmar und Pakistan wurde gesprochen.

Einig war sich die Runde über ihre Wertschätzung innerparteilicher Transparenz und ihre Unzufriedenheit mit den bisherigen Kommunikationsstrukturen in unserem Bezirksverband, die nach Ansicht der BO den Mitgliedern weder eine Teilhabe an der bezirklichen Parteiarbeit noch eine ausreichende Information über Aktivitäten und Beschlüsse des Bezirksvorstandes gewährleisten. Ein Austausch zwischen den Mitgliedern sollte auch zeitnah zu aktuellen Fragen und außerhalb von vier jährlichen Mitgliederversammlungen stattfinden. Dafür will sich die BO einsetzen.

Die BO will zur Fusion von WASG und L.PDS beitragen, die nach Meinung der BO-Mitglieder in unserem Bezirk bisher nicht gelungen ist. Sie ist offen für alle, nicht nur für Parteimitglieder. Bis auf weiteres trifft sich die BO an jedem 1. Montag im Monat um 19:00 im „Paloma Blanca“, Eisenacher Str. 23 (nahe Hohenstaufenstr.).

Udo Finke, Gerhard Krusat, Bernd Nellissen

Die BO Tempelhof stellt sich in der nächsten Ausgabe vor.



Aus der Linksfraktion im Bundestag

Die Bundestagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der die Bundesregierung auffordert, einen „völkerrechtswidrigen Einmarsch“ der Türkei in den Irak zu verhindern (Drucksache 16/7039). Ankara müsse ebenfalls aufgefordert werden, die Bombardierungen des türkisch-irakischen Grenzgebietes „sofort“ einzustellen, einen Waffenstillstand auszurufen und seine Truppen aus dem Grenzgebiet zurückzuziehen. Die Abgeordneten der Linksfraktion begründen ihren Antrag mit der Besorgnis, dass ein großangelegter Angriff in völkerrechtswidriger Weise die territoriale Integrität des Irak verletze, die ohnehin labile Lage im Nahen Osten weiter destabilisiere und zu einem Auseinanderbrechen des irakischen Staates führen könne. Die Kurdische Arbeiterpartei PKK sei aufzufordern, vom bewaffneten Kampf Abstand zu nehmen. An die türkische Regierung sei „eindringlich“ zu appellieren, mit Vertretern der Kurden, insbesondere mit den gewählten Parlamentsmitgliedern der pro-kurdischen DTP, Verhandlungen über die verfassungsmäßige Anerkennung der Rechte der Kurden in der Türkei aufzunehmen. Innerhalb der Europäischen Union sei zudem darauf zu dringen, dass die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei an eine politische Lösung der Kurdenfrage gekoppelt werden.

In einem weiteren Antrag fordert die Fraktion DIE LINKE die Wiedereinführung der Weihnachtshilfe für sozial Bedürftige (Drucksache 16/7041). Die Kosten der Weihnachtsfeierlichkeiten solle Beziehern von Sozialhilfe, Arbeitslosengeld II und Asylbewerbern „als pauschaler einmaliger Sonderbedarf am Jahresende in Höhe von 40 Euro gewährt werden“. Die Abschaffung der Weihnachts-

beihilfe im Zuge der Sozialreformen im Jahr 2005 werde der Bedeutung des Weihnachtsfestes nicht gerecht, heißt es zur Begründung. Weihnachten sei für viele Menschen ein wichtiger Bestandteil des religiösen Lebens, zumindest aber ein wichtiges Familienfest zum Jahresabschluss. Mit den bestehenden Regelsätzen in Höhe von 347 Euro pro Monat sei kein Ansparen etwa für Weihnachtsgeschenke möglich. Für Geschenke an Kinder seien in der Einkommens- und Verbrauchsstatistik gerade mal 1,47 Euro pro Monat vorgesehen.

Des Weiteren will die Linksfraktion erreichen, dass die Regelsätze des Arbeitslosengeldes II (Alg II) und der Sozialhilfe erhöht werden (siehe http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2007/2007_293/09.html). Der Eckregelsatz müsse „kurzfristig“ von jetzt 347 Euro auf 435 Euro monatlich angehoben werden, heißt es in einem Antrag (Drucksache 16/7040), der am 15. November in erster Lesung im Bundestag beraten wurde. Die derzeitige Höhe der Regelleistungen reiche nicht aus, „um die notwendigen Bedarfe der Berechtigten zu decken“. Ferner müsse die jährliche Anpassung der Regelsätze nicht länger an dem aktuellen Rentenwert sondern an der Entwicklung der Lebenshaltungskosten ausgerichtet werden. Darüber hinaus solle Schülern bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres jeweils zu Beginn eines Schulhalbjahres Leistungen in Höhe von 20 Prozent der für Schüler maßgeblichen Regelleistung zur Beschaffung von besonderen Lernmitteln - mit Ausnahme von Schulbüchern - gewährt werden.

Trotzdem: Das Ziel der Linken bleibt jedoch weiterhin die Abschaffung der sogenannten Hartz-Gesetze.

Jochen Scholz

“Jein“: laut und beherzt

Am 22. November haben zwei Abgeordnete der Linken im Berliner Abgeordnetenhaus gebogenes Rückgrad bewiesen, Evrim Baba und Mari Weiss. Als Evrim Baba zu unserer offenen Vorstandssitzung in der Roten Insel in Tempelhof-Schöneberg kam, klang es eigentlich wie ein Nein, das sie zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG) abgeben wolle. Praktisch einhellige Zustimmung erhielt sie zu ihrer Kritik an diesem Werk, das nach Meinung vieler aus der Partei DIE LINKE ganz sicher nicht zu den Grundsätzen dieser Partei passen würde, denn es erweitert die legalen Überwachungsmöglichkeiten der Polizei unter dem Deckmantel angeblicher Gefahrenabwehr.

Sein oder Nichtsein

Dann aber enthielten sich die beiden tapferen Streiterinnen für die Bürgerrechte und es reichte für eine koalitionsstragende Zustimmung. Eigentlich sollte man nicht, aber man muß, um des lieben Koalitionsfriedens Willen. Dass die anderen Abgeordneten der LINKEN dabei ein richtiges, wenn auch vielleicht weniger beherztes „Ja“ hervorbringen konnten, hat dann die Koalition gerettet. Auch die Glaubwürdigkeit?

Aber die Kennzeichnungspflicht...

Nach der offenen Landesvorstandssitzung hatte ich mich von Evrim verabschiedet und ihr Standhaftigkeit gewünscht. Etwas verlegen sagte sie: „aber wenn dafür die individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizisten...“. Ja, noch haben es Polizisten leichter, Abgeordnete kann man wenigstens politisch für ihre Taten haftbar machen. Aber ob denn diese Kennzeichnungspflicht wirklich kommt?

Andreas Schlüter

Wahlimpressionen aus Guatemala

„Wer hat ein Auto zur Verfügung? Wer kann heute nacht noch Plakate kleben? Wer geht morgen früh am Busbahnhof Flugblätter verteilen?“

„Das ist ja wie bei uns“, sage ich zu dem Genossen, der mich vom Flughafen abholt und sofort mitgenommen hat in die Parteizentrale der Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca URNG. Gerade wurden in Guatemala der Präsident, 158 Abgeordnete und 332 Bürgermeister gewählt. Die URNG-MAIZ ist ein breites linkes Bündnis von einer aus der Guerilla hervorgegangenen Partei, der URNG, und sozialen und gewerkschaftlichen Bewegungen. Mit zwei Abgeordneten und sieben Kommunen, in denen sie nunmehr den Bürgermeister stellen, keine im klassischen Sinne führende politische Kraft, aber die einzige, die inhaltliche Themen in diesen Wahlkampf brachte: Bodenreform, Steuerreform, lateinamerikanische Integration und die „Accuerdos de Paz“, mit denen in den Friedensverhandlungen 1998 nach fast 40 Jahren Bürgerkrieg der Grundstock gelegt werden sollte für ein neues Guatemala. Die beherrschenden Themen dieses Wahlkampfes sind die alltägliche und die organisierte Gewalt, Korruption und Drogenhandel. Von den beiden in den Hochrechnungen

führenden Kandidaten bedient jeder dieses Thema auf seine Weise. Otto Perez Molina, ein Menschenrechtsverletzungen überführter Ex-Militär von der rechten Partido Populista PP wirbt mit „mano dura“, mit harter Hand. Der Ingenieur und Unternehmer Alvaro Colom von der sozialdemokratischen Unidad Nacional de Esperanza UNE verspricht Sozialprogramme und Arbeitsplätze.

Plakate kleben bekommt zwei Tage später einen bitteren Beigeschmack: zwei junge Aktivisten des von der Indigenen und Nobelpreisträgerin Rigoberta Menchú geführten Encuentro por Guatemala EG werden dabei erschossen. An die 50 Menschen sind in diesem Wahlkampf ermordet worden, dem blutigsten in der Geschichte des Landes. Diese Morde sind nicht Ausdruck paramilitärische Gewalt gegen vorwiegend linke Gegner, wie man gemeinhin bei politischen Morden assoziiert, sondern in der Regel hausgemacht. Parteien sind ein Tummelplatz für das organisierte Verbrechen, für Drogenhandel, Waffengeschäfte, private Wachunternehmen und Ex-Militärs mit ihren diversen Rivalitäten.

Im Widerspruch dazu steht, dass die Wahlen selber ruhig verlaufen, nur in 15 Gemeinden im Landesinneren kommt es zu Ausschreitungen nach der Auszählung, wie die 20.000 nationalen und internationalen Wahlbeobachter melden. Das endgültige Ergebnis wird erst weit nach Mitternacht feststehen und bei

der Wahlparty der UNE kommt trotz Animation und Freigetränken keine rechte Stimmung auf.

Mit dem Sieg begann der Wahlkampf für den 2. Wahlgang am 4. November und wieder gewann Alvaro Colom. Er sei „begeistert“ von dem neuen Weg, den Lateinamerika eingeschlagen hat, erklärt er dem venezolanischen Sender TeleSur am Tag seiner Wahl. Man sei zwar durch die amerikanische Freihandelszone ALCA an den Norden gebunden, werde aber zu allen Ländern Lateinamerikas gute wirtschaftliche Beziehungen aufbauen. Schwerpunkt seiner Politik, einer Sozialdemokratie mit Anleihen bei dem Weltbild der Maya, ist der Bereich der Mikroökonomie, die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, „good governance“ in den Kommunen, keynesianische Umverteilungspolitik, Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik. Die grundlegenden Probleme des Landes würden nicht angetastet, bemängeln seine Kritiker von links, die ihn im Gegensatz zu ihren Verbündeten in Mittelamerika im zweiten Wahlgang nicht unterstützt haben. Aber auch sie atmen auf, dass der militärischen Rechten eine Absage erteilt wurde, ein Fortschritt inmitten der alltäglichen neoliberalen Barbarei.

Roswitha Yildiz, Mitglied des Bezirksvorstandes, war als Wahlbeobachterin in Guatemala

Pizzabestellung 2008

Pizzamann (P): „Danke, dass Sie unseren Pizza-Service angerufen haben. Kann ich Ihre ...“

Kunde (K): „Hi, ich möchte etwas bestellen.“

P: „Kann ich bitte erste Ihre NIDN haben?“

K: „Meine nationale-ID-Nummer, ja, warten Sie, die ist 6102049998-45-54610.“

P: „Vielen Dank, Herr Müller. Sie wohnen in der Rosenstr. 25 und Ihre Telefonnummer lautet 89 568 345, Ihre Angestelltennummer bei der Firma Global ist 74 523 032 und Ihre Durchwahl ist -56. Von welchem Anschluss rufen Sie an?“

K: „Hä? Ich bin zuhause. Wo haben Sie alle diese Informationen her?“

P: „Wir sind an das System angeschlossen.“

K (seufzt): „Oh, natürlich. Ich möchte zwei von Ihren Spezialpizzen mit viel Fleisch bestellen.“

P: „Ich glaube nicht, dass das gut für Sie ist!“

K: „Wie bitte?“

P: „Laut Ihrer Krankenakte haben Sie einen zu hohen Blutdruck und extrem hohe Cholesterinwerte. Ihre Krankenkasse würde eine solch ungesunde Auswahl nicht gestatten.“

K: „Verdammt! Was empfehlen Sie dann?“

P: „Sie könnten unsere Soja-Joghurt-Pizza probieren. Sie wird Ihnen bestimmt schmecken.“

K: „Wie kommen sie denn darauf?“

P: „Nun, Sie haben letzte Woche das Buch „Soja-Rezepte für Feinschmecker“ aus der Bücherei ausgeliehen. Deshalb die Empfehlung.“

K: „O.K. Geben Sie mir zwei davon in Familiengröße. Was kostet das dann?“

P: „Was Sie bestellt haben, ist zwar etwas viel für Sie, Ihre Frau und die vier Kinder, geht aber gerade noch. Wir werden Ihnen wegen Ihres achtmonatigen Sohnes keinen Pfeffer draufmachen. Es wäre ungesund. Alles in allem macht das 25 Euro.“

K: „Ich gebe Ihnen meine Kreditkartennummer.“

P: „Das tut mir leid, aber Sie werden bar zahlen müssen. Der Kreditrahmen ihrer Karte ist bereits erschöpft.“

K: „Ich laufe schnell runter zum Geldautomaten und hole Bargeld, bevor Ihr Fahrer hier ist.“

P: „Das wird wohl auch nichts. Ihr Girokonto ist auch überzogen.“

Datensammelwut

Fiktion? Oder schon Realität - die nebenstehende Geschichte? Wer sich die letzten Entwicklungen in Sachen Überwachung ansieht, wird bemerken, dass wir davon nicht mehr weit entfernt sind. Der neueste Gesetzentwurf für die Protokollierung der Telekommunikation wurde am Freitag, dem 9. November 2007 beschlossen - die Vorratsdatenspeicherung. Ein sperriger Begriff, der anscheinend bei den Abgeordneten und der Bevölkerung seine Details nicht sofort offenbart.

Nach diesem Gesetz soll ab dem 1.1.2008 protokolliert werden, wer wann mit wem wie lange per Telefon, Handy oder E-Mail in Kontakt stand. Beim Handy wird bei jedem Anruf oder jeder SMS noch zusätzlich der Standort des Benutzers aufgezeichnet. auch das Internet bleibt nicht mehr anonym, denn auch dort soll festgehalten werden, wer wo wie lange eine Seite betrachtet hat. Zusammen mit den bisher verabschiedeten Gesetzen kann ab sofort jeder legal durchleuchtet werden.

Doch wo liegt das Problem, wenn doch viele Menschen der Meinung sind: „Ich habe nichts zu verbergen und es ist ja nicht schlimm, wenn der Staat alles von mir weiß.“ Das mag sein, aber gehen Behörden mit unseren Daten wirklich sorgfältig um? Bürgerrechtsorganisationen berichten immer wieder von Personen, die versehentlich oder wegen Namensgleichheit in Fahndungscomputer geraten und seltsamen Repressalien ausgesetzt sind, die sie sich nicht erklären können.

Vorsorgliche Überwachung

Und wer sagt denn, dass der Begriff „Kriminalität“ immer so gefasst sein wird, wie die Öffentlichkeit ihn versteht? Heute schon kann ein unbescholtener Bürger, der keinerlei kriminelle Handlung begangen hat, aufgrund einer unüberlegten Aussage für Jahre hinter Gittern wandern. George Orwell nannte dergleichen „Gedankenverbrechen“. Oft reicht es schon, vermeintliche Risikofaktoren zu besitzen wie „falsche“ Religion, „falsche“ Nationalität, „falscher“ Geburtsort, „falscher“ Name, „falsche“ Bücher gelesen oder die „falsche“ Meinung geäußert zu haben. Wer definiert, was als hetzerisch, rassistisch, sexistisch oder staatsfeindlich gilt und was nicht?

Ob zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität Daten aus Telekommunikationskontakten unverzichtbar sind, bleibt fraglich. Irland hat seit 2002 eine dreijähriger Vorratsdatenspeicherung und konnte keinen Rückgang der Kriminalität verzeichnen. Professionelle Kriminelle umgehen die Speicherung durch andere Kommunikationswege.

Die Folgen der Speicherung

■ Eine Vorratsdatenspeicherung schränkt die freie Presse ein, da Journalisten es immer weniger wagen werden, brisante Informationen via Telekommunikation weiterzugeben.

■ Auch die Wirtschaftsspionage wird erleichtert. In den USA zum Beispiel kann man seit dem Patriot Act 2001, der auch eine Vorratsdatenspeicherung beinhaltet, Verbindungsdaten käuflich erwerben.

■ Behindert würde sicher auch die Arbeit von politischen Aktivisten (z.B. Globalisierungskritiker, Greenpeace u.a.), weil sie mit einer - auch nachträglichen - Aufdeckung ihrer Informationsnetzwerke rechnen müssten.

■ Wer Kontakt zu Anwälten, Ärzten oder einer Beratungsstelle hat, sollte bedenken, das Rückschlüsse auf sein persönliches Problem daraus gezogen werden können.

Du bist ein potenzieller Terrorist! Deshalb will ich Deine Daten.



Es ist mir egal, ob die Vorratsdatenspeicherung von E-Mail-, Internet- und Telefonverbindungen die Privatsphäre verletzt!



Wehrst Du Dich?
www.vorratsdatenspeicherung.de

Wollen wir wirklich, dass solche Daten öffentlich sind? Besteht nicht die Gefahr, dass wir zum „gläsernen“ Bürger werden, wenn unser Bewegungsprofil aufgezeichnet wird und wenn man dank der Aufhebung des Bankgeheimnisses unsere finanzielle Lage kennt?

Widerstand mobilisiert sich

Mittlerweile haben über 10.000 Menschen entschieden, dass sie ihre Privatsphäre schützen wollen, und sich einer Verfassungsklage des Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung angeschlossen (www.vorratsdatenspeicherung.de), Teilnahme nur noch bis zum 24.12.2007 möglich.

Besonders Findige haben bereits eine Vielzahl von Methoden ausgetüfelt, um das neue Gesetz ins Leere laufen zu lassen:

■ Sie anonymisieren beispielsweise ihre Kommunikation, indem sie Prepaid-Karten nutzen, die auf andere Personen angemeldet sind, oder buchen Pauschalтарife (Flatrates), denn es dürfen nur solche Daten protokolliert werden, die außerhalb der Flatrate-Leistungen liegen und zusätzliche Kosten verursachen.

■ Zudem gibt es besonders datenschutzfreundliche Anbieter wie Lycos, Freenet oder Alice, die die IP-Adresse (Kennnummer des eigenen Computers, mit dem er sich ins Internet einwählt) nicht oder nur für wenige Tage speichern. ...

■ Ein weiterer Kniff besteht darin, ein EMail-Programm zu benutzen, das die eigenen EMail vom Server des Anbieters holt. Erstellt man einen POP3-Account, ist man davor geschützt, dass andere Zugriff auf die eigenen EMail haben.

■ Wer nicht möchte, dass sein Weg durch das Internet Seite für Seite zurückverfolgt werden kann, lösche seine Cookies. Das kann man ganz einfach machen, indem man seinen Browser so einstellt, dass er Cookies beim Beenden oder Neustart des Browsers löscht.

■ Sinnvoll ist auch die Nutzung von Suchmaschinen, die die eigenen Daten nicht für Werbekunden oder andere Interessengruppen speichern. Gleichwertige Alternativen zu Google sind www.ixquick.com oder www.metager.de ...

■ Immer größerer Beliebtheit erfreuen sich Anonymisierungsdienste wie JAP (www.anon.inf.tu-dresden.de) oder TOR (www.torproject.org), die durch das Einloggen über unüberschaubar viele Netzknotten verhindern, dass sich so die eigene IP-Adresse feststellen lässt, so dass sich die eigenen Netzgewohnheiten nicht analysieren lassen. Allerdings geht Anonymität auf Kosten der Geschwindigkeit.

Maßnahme gibt es mittlerweile also viele. Jeder muss selbst entscheiden, wie viel Sicherheit er braucht.

Stefan Bartsch in „Sein“ 12/07

„Da werden SS-Leute auf einmal zu Freiheitskämpfern...“

Auf Einladung der Europaabgeordneten Sahra Wagenknecht besuchte die Stellvertretende Vorsitzende der Estnischen Linkspartei, Malle Salupere Berlin. In der „Roten Insel“ berichtete sie über den zunehmenden rechtsextremen Geschichtsrevisionismus in ihrem Land.

Immer offener versuchen die herrschenden Kreise in Estland, nationalistische Stimmungen in Wählerstimmen umzumünzen. Jüngstes Beispiel ist die mit großem Medienspektakel begleitete Entfernung einer Bronzestatue für die gefallenen Sowjetsoldaten und die als forschende Ausgrabung getarnte Schändung einer Grabstätte von Rotarmisten in der Innenstadt von Tallinn. Proteste vor Ort wurden brutal polizeilich niedergeschlagen und eine Reihe von AntifaschistInnen monatelang inhaftiert. Diese Vorkommnisse reihen sich ein in eine sich schon lange Zeit abzeichnende Entwicklung in den balti-

schen Staaten, die dortigen Verbrechen des deutschen Faschismus und der mit ihm verbundenen baltischen Kollaborateure zu relativieren. Das geht im Falle Estlands sogar mit einer Glorifizierung der estnischen Waffen-SS als Bestandteil „der Estnischen Unabhängigkeitsbewegung“ einher. Traditionelle Ehrungen für „Kämpfer“ dieser Mörderbande und Auftritte von Holocaust-Leugnern im Fernsehen gehören zum Alltag, weiß auch Malle Salupere zu berichten. Sie selbst wird für ihren kompromisslosen Antifaschismus und ihrem Eintreten für die Rechte von Minderheiten öffentlich ebenso wie unlängst 12 namhafte Professoren als „Rote Agenten“ Moskaus(!) angefeindet. Dabei kann man gerade bei ihr keine Sympathie für einen repressiven Sozialismus entdecken: Sie wurde Ende der vierziger Jahre selbst 8 Jahre nach Sibirien verbannt, konnte jedoch nach der Stalin-Ära eine akademische Laufbahn in ihrer Heimat einschlagen. In der herrschenden Geschichtsschreibung wird die Zeit von 1944 bis 1990 als „Periode der Okkupation“ bezeichnet. Malle Salupere kritisiert die mangelnde Bereitschaft zur Differenzierung, ohne die repressiven Züge der Durchsetzung des Sowjetsystems in Estland auszublenden.

So habe die Sowjetmacht nach dem Krieg jedoch auch bedeutendes beim Aufbau des Landes und in der Bildungspolitik geleistet und durchaus auch in zeitlichen Abschnitten das nationale Kulturerbe der Esten respektiert (z.B. Beibehaltung der estnischen Universität). An vielen Beispielen zeigte Malle Salupere auf, welchen gefährlichen Weg die Herrschenden in Estland gehen, wie aus dumpfem Antikommunismus offen rechtsextremer Geschichtsrevisionismus wird. Darüber hinaus sind viele dort schon seit Jahrzehnten lebende Einwohner mit der staatlichen Unabhängigkeit zu „Staatenlose“ ohne grundlegende politische und soziale Rechte geworden. Die Entrechtung der russischen Minderheit und deren Stigmatisierung als „Okkupanten“ gefährdet zunehmend das friedliche Zusammenleben der Völker. Das ist es einfach nur als Skandal zu bezeichnen, wenn das Europaparlament Angriffe auf antifaschistische Denkmäler noch positiv sanktioniert und die Europäische Union zur Solidarität mit Estland gegen über Russland auffordert. 62 Jahre nach dem Ende der Hitlerdiktatur ist so etwas in Europa wieder möglich, daher: Wehret den Anfängen!
Carsten Schulz

Termine

Samstag, 8.12.,
13 Uhr, Rote Insel,
Feurigstr. 67/68
Treffen der BO Schöneberg

Samstag, 8.12.,
15 Uhr, Rote Insel,
Inselgespräche
Das Gespenst des Terrorismus und der Abbau bürgerlicher Freiheit
Diskussionsveranstaltung

Dienstag, 11.12., (auch an den Dienstagen 8. und 22.1.)
10-12 Uhr, vor dem Jobcenter in der Wolframstrasse:
Jobcenter-Aktion der Linken mit praktischen Informationen und Hinweise für Erwerbslose

Donnerstag, 13.12.,
19 Uhr, Rote Insel
Diskussionsveranstaltung nach den UN-Verhandlungen
Was wird aus dem Kosovo?

Samstag, 15.12.,
18 Uhr, Rote Insel
Jahresendfeier der Partei DIE LINKE.Tempelhof-Schöneberg mit lateinamerikanischer Musik und Glühwein

Montag, 17.12.,
19 Uhr, Rote Insel
Treffen des Arbeitskreises Flüchtlings- und Migrationspolitik

Sonntag,
13. Januar
9-13 Uhr

Zu Rosa und Karl

Die jährliche Demo zur Gedenkstätte der Sozialisten Berlin-Friedrichsfelde

Wir treffen uns 10 Uhr am U-Bhf. Frankfurter Tor

Dienstag, 15.1.,
16 Uhr, Cranachstr. 58
Luxemburg-Liebkecht-Ehrung in Friedenau

Donnerstag, 17.1.,
19 Uhr, Rote Insel
Gesamtmitglieder-versammlung
Arbeitsplanung für das Jahr 2008

Weitere Termine finden Sie auf Seite 12.

Offene Antwort

auf „Linke Miesmacher“, Beitrag von Ed Koch in Paperpress vom 21.Oktober

Lieber Ed Koch, zum Jahresende finden wir nun Zeit, auf Ihre Glosse vom 21. Oktober zu antworten. 8000 Euro, oder selbst 4000 Euro, wie sie nun für einen „parlamentarischen Bierabend“ auf den „Kopp zu hauen“, während es in den letzten Jahren massive soziale Kürzungen gab, halten wir auch weiterhin für vermessen. Warum wird eine solche Veranstaltung nicht aus den bezirklichen Fraktionsgeldern bzw. aus Spenden der Bezirksverordneten finanziert? Sie fragen sich, warum dieser Haushaltstitel nicht in anderen Bezirken existiert. Besser sollten Sie fragen, warum es diesen Haushaltstitel in Tempelhof-Schöneberg noch gibt! Ist es vielleicht ein Überbleibsel der „guten alten Zeit“, in der das Rathaus Schöneberg den Senat

beherbergte? Heute sollten Verantwortungsträger mit gutem Beispiel voran gehen und von der Mehrheit der Bürger nicht einseitig verlangen, den Gürtel enger zu schnallen. Besonders zynisch finden wir Ihre Aussage, „niemand solle sagen, er werde im Stich gelassen“. Es kommen sehr viele Menschen in unsere Geschäftsstelle in der Feurigstraße, weil sie wegen Kürzungen ihrer kargen Bezüge seitens der Jobcenter nicht mehr ein noch aus wissen und „sich im Stich gelassen fühlen!“

Wir hoffen, dass wenigstens Ihrer Anregung im Bezirk gefolgt wird, dass anstelle der veranschlagten 8000,- Euro nur noch 4000,- Euro für den „Bierabend“ ausgegeben wird. Das eingesparte Geld kann wirklich sinnvoller verwendet werden!

Es grüßen Sie herzlich,
Dagmar Krebs (Bürgerdeputierte im Sozialausschuss) und Carsten Schulz (Bezirksvorsitzender der Linken)

diese Aufgaben die Zeit fehlt und dies nicht ehrenamtlich zu leisten ist. Mit der Regionalisierung der Jugendamtsarbeit sind die Mittel für die jeweilige Koordinierung der im Bezirk existierenden Facharbeitsgemeinschaften weggefallen. Zwar ist jetzt ein Mitarbeiter des Jugendamtes zusätzlich zu seinem Aufgabenbereich im Jugendamt für die Einladungen zu den Treffen und formal für an ihn gestellte Arbeitsaufträge der Facharbeitsgemeinschaft zuständig. Jedoch wurde deutlich, dass er aufgrund seiner anderen Aufgaben die bisher geleistete Arbeit nicht fortführen kann. Was hat die bezirkliche Zählgemeinschaft aus SPD und CDU dazu zu sagen? Kollege Siebert (SPD) sieht in „allen Bereichen unserer Gesellschaft sich die Arbeit verdichten. Damit müsse man leben“. Er wolle weniger über die Projektsteuerung des Bezirksamtes, sondern mehr über neue inhaltliche Initiativen reden. Und CDU-Vertreterin Kaddatz kam gleich mit der Evaluationskeule und dem Hinweis, dass die Projekte doch im „Luxus“ lebten. „Luxus“ ist wohl eher der „Parlamentarische Bierabend“ zum Jahresende, den sich die BVV 8000,- Euro (!) kosten lässt.

Carsten Schulz

Was ist dem Bezirk eine qualifizierte geschlechtsspezifische Sozialarbeit wert?

SPD und CDU VertreterInnen im BVV – Ausschuss „Frauen, Integration und Quartiersentwicklung“ verteidigen „Sparkurs“.

Donnerstagabend im Betreuungsprojekt „Leben lernen“ für Mädchen und junge Frauen in der Ebersstraße: Der Ausschuss nebst Bürgermeister und zuständiger Jugendstadträtin haben sich eingefunden. Der Anlass: Die Projektmitarbeiterinnen wollen ihre Arbeit vorstellen. Andererseits wollen sie dezent auf den Wegfall der Stellenanteile für die vom Bezirksamt gestellte Koordinatorin der bezirklichen Facharbeitsgemeinschaft „Mädchen und junge Frauen“ hinweisen. Die erfahrene Mitarbeiterin hat über Jahre die geschlechtsdifferenzierte Arbeit der über 20 bezirklichen Einrichtungen freier Träger und des Bezirksamtes koordiniert und überregional vernetzt. Sie war beim Akquirieren von finanziellen Mitteln für die Einrichtungen behilflich. Die Sozialarbeiterinnen wiesen nach, dass ihnen gerade für

Ein Afrikaner in Berlin und seine Nachkommen

Ein preußischer Prinz entzieht sich den Folgen eines Totschlags durch die Flucht nach Ägypten und erhält dort als "Geschenk" vom Vizekönig einen versklavten nubischen Jungen, den er später - es ist Gras über die Sache gewachsen - mit nach Berlin nimmt. Als August Albrecht Sabac el Cher wird dieser Leibdiener des Prinzen und schließlich Verwalter des Tafelsilbers. Bei aller Gruseligkeit der Geschichte hat sie aber auch eine glückliche Seite. Er heiratet und mit seiner Frau bekommt er einen Sohn und eine Tochter.

Der schwarze Kapellmeister



Dieser Sohn, Gustav, macht eine militärische Musiker-Karriere und verlässt nach 24 Jahren, mit vielen Ehren versehen, den Militärdienst, um sein musikalisches Talent umfangreicher und lukrativer einsetzen zu können. Er feiert bedeutende Triumphe. Mit dem Dank des Vaterlandes ist es bei der Machtübernahme durch die Faschisten allerdings vorbei und seine Söhne - er selbst stirbt 1934 - werden trotz übelster rassistischer Anfeindungen nicht vor dem Militärdienst bewahrt. Der Jüngere fällt 1943. Der Ältere, Herbert, überlebt, erzählt aber seinen Kindern die Familiengeschichte nicht. Herberts Enkeltochter, wohl letzte Trägerin des Namens, erfährt ihre Geschichte erst aus diesem Buch:
Preußisches Liebesglück, Propyläen-Verlag, ISBN 978-3-549-07337-7

Andreas Schlüter

Eine starke Berlinererin aus Guinea



Madame Hadja Kitagbe Kaba habe ich (Andreas Schlüter - AS) vor einer ganzen Reihe von Jahren durch den von ihr 2000 mitbegründeten Verein MAMA AFRIKA Berlin e. V., dessen Vorsitzende sie auch ist, kennengelernt.

Die Idee, sich zu organisieren, entstand bereits eine Zeit lang vorher. Madame Kaba machte die Erfahrung, dass es in Deutschland - im Gegensatz zu Frankreich, wo sie mehrere Jahre lebte - nur wenige Zusammenschlüsse schwarzer Menschen afrikanischer Herkunft gibt. Hinzu kamen persönliche diskriminierende und rassistische Erfahrungen, die sie veranlassten, sich mit Gleichgesinnten zusammen zu tun. So entstand die Idee von MAMA AFRIKA Berlin e. V.. Der Verein hat sich zum Ziel gesetzt, das Miteinander von Deutschen und Afrikanern in Berlin zu fördern. Unermüdlich setzt sich die mehrfache Mutter und jugendlich wirkende Großmutter einer kleinen Enkelin für das gegenseitige Kennenlernen von Deutschen und afrikanischen Migranten ein. Aber auch die Unterstützung afrikanischer Frauen wie von Kindern und Jugendlichen liegt ihr sehr am Herzen.

AS: Hadja, seit wann lebst Du in Berlin?

HKK: Ich lebe seit dem 5. August 1985 in Berlin.

AS: Hast Du Dir in Deiner Jugend vorstellen können, später einmal in Europa zu leben?

HKK: Ja, aber nicht in Berlin, sondern in Brüssel, dennoch bin ich erst 1995 das erste Mal nach Brüssel gekommen. Ich habe auch eine Weile in Frankreich gelebt.

AS: Welche Sprachen sprichst Du?

HKK: Ich spreche Mandingo, das meine Muttersprache ist, Französisch und ein wenig Deutsch

AS: Na, ein wenig ist doch stark untertrieben. Aber sag mal, Du hast Herzoperationen hinter Dir, wie schaffst Du es und woher nimmst Du die Kraft, so unermüdlich für kulturelle Verständigung, die Belange von Frauen und Kindern und gleichzeitig auch noch für Deine eigenen Kinder - auch, wenn die schon ziemlich erwachsen sind - und Deine kleine Enkelin da zu sein?

HKK: Es stimmt zwar, dass ich am Herz operiert bin, aber persönlich fühle ich mich nicht so, als hätte ich ein Handicap. Wenn man mich nicht darauf ansprechen würde, vergesse ich, dass ich am Herzen operiert wurde. Gerade meine Kinder und meine kleine Enkelin geben mir die Kraft, sie sind meine Energiequellen.

AS: Entschuldige, dass ich Dich nun darauf angesprochen habe. Wie warst Du mit der Teilnahme Deines Vereins Mama Afrika e. V. an der Import-Messe in der pädagogischen Halle zufrieden?

HKK: Ich bin schon seit 5 Jahren immer beim Import-Shop in der pädagogischen Halle dabei

gewesen, dieses Jahr war das Motto: "Kultur in Bewegung" und es hat mir sehr gut gefallen, da der direkte Kontakt mit Berliner Schulen bzw. Kindern sehr erfreulich ist und man immer wieder neues Interesse für Afrika bei den Kindern und Lehrern wecken kann.

AS: Was war Dein schönstes Erlebnis dort?

HKK: Die Zeit dort war im Großen und Ganzen für mich ein schönes Erlebnis.

AS: Der Verein hat jetzt Räume bei der GESOBAU am Wilhelmsruher Damm und es wird sehr Gutes für den dortigen Kiez geleistet. Wirst Du auch einige Aktivitäten in Schöneberg aufrechterhalten?

HKK: Ja, seit dem 25. Mai 2007 hat Mama Afrika e.V. ein kostenloses Büro in der Nachbarschaftsetage der GESOBAU, am Wilhelmsruher Damm 124, 1. Etage, im Märkischen Viertel, trotzdem machen wir dienstags immer noch Beratungen im Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V.. Übrigens sind wir auch im Internet unter: <http://www.mama-afrika.org> zu erreichen.

AS: Wie viele Mitstreiter hast Du jetzt im Verein aktiv an Deiner Seite?

HKK: Zurzeit habe ich 4 aktive Mitarbeiter unter den Mitgliedern, 2 Praktikanten und eine ABM-Kraft.

AS: Es ist als Afrikanerin in dieser Gesellschaft nicht immer so einfach, Akzeptanz zu finden. Fühlst Du Dich trotzdem in Berlin heimisch?

HKK: Es spielt keine Rolle woher man kommt, da es in jeder Gesellschaft Gute und Schlechte gibt. Ich würde sagen, Berlin ist mein zweites Zuhause. An erster Stelle steht mein Geburtsort Kankan, wo ich 23 Jahre gelebt habe, in Berlin sind es jetzt 22 Jahre.

AS: Wie fühlen sich Deine Kinder in Berlin?

HKK: Meine Kinder fühlen sich hier in Berlin zwar wohl, dennoch fehlt ihnen hier das Gefühl der Dazugehörigkeit.

AS: Kannst Du Dir vorstellen, in Berlin alt zu werden?

HKK: Nein, da ich mein Rentenalter in meiner Familie in Guinea verbringen möchte.

AS: Was wünschst Du Dir für die Zukunft?

HKK: Ein langes Leben für meine ganze Familie und Gesundheit und, dass es in Zukunft keine Frauenbeschneidung mehr gibt, in Guinea, in Afrika und auf der ganzen Welt.

AS: Hadja, ich danke Dir für das Gespräch und wünsche Dir und dem Verein weiter großen Erfolg.



Alle Jahre wieder

“Wohltätigkeit“ und Afrika

Wie immer vor Weihnachten läuft eine Welle des Gutmenschentums an und neben aktuellen Hilfsmaßnahmen, wie die für die Flutopfer in Bangla Desh, benutzen humanitäre Organisationen die Weihnachtsstimmung des Publikums für den guten Zweck der Spendenmitteleintreibung. Dabei spielt Afrika aus offensichtlichen Gründen eine bedeutende Rolle.

Das Elend ist real

Nun ist nicht zu bestreiten, dass es durchaus Organisationen unter den sogenannten Nichtregierungsorganisationen (non governmental organizations = NGOs) und auch Unterorganisationen der UN gibt, die im Einzelfall Segensreiches bewirken, zu viel gibt es tatsächlich an realem Elend. Krankheiten wie AIDS und Malaria, Hunger, Verletzte durch Bürgerkriege (besonders Landminenopfer) und ein deutlicher Mangel an schulischer Versorgung sind traurige Realitäten.

Die Farce der “Entwicklungspolitik“

Jahrzehnte westlicher Entwicklungspolitik sind nichts anderes als eine betrügerische Farce. Nicht nur, dass Deutschland seine vollmundig angekündigten 0,7 % des Bruttosozialprodukts an Hilfe nicht annähernd einlöst, die Fortsetzung der alten bundesdeutschen Hilfe ist weitgehend eine Verschleierung der Tatsache, dass sogenannte Entwicklungs-Politik vornehmlich Entwicklungsverhinderungspolitik ist. Keinerlei wirkliche Entwicklung hat sie bewirkt. Es gibt keinen realen Willen, den Ländern der Dritten Welt zur Industrialisierung zu verhelfen. Es gibt stattdessen den Willen, ihnen ungebremsten Freihandel zu ihrem Nachteil aufzuzwingen, bei gleichzeitigem Schutz z. B. der eigenen westlichen Agrarerzeuger. Es gibt den grimmigen Willen, die vollständige Privatisierung auch in den Bereichen der Daseinsvorsorge zu erzwingen. Das Wirken der vom Westen dominierten Weltbank und der Welthandelsorganisation zielt eben darauf ab. Großsprecherisch werden dagegen in der UN Millenniumsziele verkündet. Und man hat den Eindruck, so wie damals an sich sozial gesinnte und menschlich denkende junge Leute durch den “Missionsdienst“ absorbiert und ruhig gestellt wurden, werden auch heute junge Menschen durch den Dienst in sogenannter Entwicklungshilfe mit der Illusion ausgestattet, die Welt besser zu machen, ohne sich mit Kapitalisten anlegen zu müssen.

Zerstörung der politischen Kultur

Der Unabhängigkeit der afrikanischen Kolonien haben die Europäer nur widerwillig und oft nach erheblichen Kämpfen zugestimmt. Dabei spielte das Gegengewicht des damaligen Ostblocks eine bedeutende Rolle. Die Verbündeten der Bundesrepublik ließen Lumumba, den ersten gewählten Präsidenten des Kongo, ermorden. Lange unterstützte die Bundesrepublik in der NATO den widerlichen Kolonialkrieg Portugals in Afrika und unterhielt zu dem damaligen weißen Rassistenregime in Südafrika gute Beziehungen. Vielleicht am folgenreichsten aber war die gezielte Förderung der Korruption durch den Westen. So konnten Firmen bis vor wenigen Jahren Bestechungsgelder, die in der Dritten Welt eingesetzt wurden, von der Steuer absetzen. Putsche wurden unterstützt und Afrika

mit dem deutschen G3-Gewehr von Heckler und Koch überschwemmt.

Der neue Kolonialismus

Tatsächlich ist der Boden längst bereit, das Wirken von großen Konzernen wie das der westlichen Staaten selbst hat viele Völker und Gruppierungen in Afrika gegeneinander treiben können. Warlords sind billigere Verhandlungspartner zur Erlangung von Coltan, Diamanten, Gold, Kupfer und Uran. Und dann lockt auch noch das Erdöl, das sich in Afrika in neuen Dimensionen findet, und das die nahöstlichen Erdöl-Quellen – sei es, dass diese dem Westen aus der Hand gleiten, sei es, dass sie spärlicher fließen – vielleicht ersetzen könnte. Wir haben in vieler Hinsicht eine ähnliche Situation wie bei der Ausweitung des Kolonialismus in der zweiten Hälfte des Neunzehnten Jahrhunderts, nachdem man für ausreichend Kriege gesorgt hatte. Damals war es neben Bodenschätzen allerdings Kautschuk für die aufkommende Reifenindustrie, der das Interesse insbesondere auf den Kongo lenkte.

Die neue alte Masche

Auch damals schafften es die Kolonialapologeten, die übrigen Menschen in ihren Ländern darüber hinweg zu täuschen, dass viele Probleme Afrikas mit dem bereits jahrhundertelangen Wirken Europas dort zusammen hingen. Das propagandistische Instrumentarium gleicht sich erschreckend. Allerdings ersetzt die “Sorge um das Seelenheil“ der Afrikaner heute ein abstrakter Begriff von Menschenwürde, den die westlichen Konzerne jedoch nicht teilen. Auch die arabische und islamische Bedrohung Afrikas kommt wieder ins Spiel. Gerne verschwiegen wird, dass auch der Nordsudan Darfur mit westlichen Waffen bedrängt. Und wenn die Bedrohung nicht groß genug ist, kann man sie noch etwas größer machen. Und wie auch damals in der jeweiligen Kolonialmacht die Warnung half: “es kommen andere und nehmen uns dort was weg“, dient heute dem sozusagen vereinigten Westler China als Popanz. Es steht zu befürchten, dass wir an der Schwelle zu einer Entwicklung stehen, in der die Menschen im Westen sogar direkte militärische Eingriffe in Afrika als absolut selbstverständlich hinnehmen.

Heia Safari

So wird es nun auch als selbstverständlich hingenommen, dass die Bundeswehr in Afrika operiert, heia Safari! Damals wie heute aber war die Grundlage der kolonialen Mobilisierung der sorgsam gepflegte Eindruck: “ohne uns kriegen sie es einfach nicht gebackten“, und das, wo wir doch so viel helfen!

Falsch: durch unsere Mitwirkung oder besser, durch die von uns geduldeten kapitalistischen, militaristischen und geheimdienstlichen Exzesse des Westens kommen die Afrikanischen Gesellschaften nicht zu sich selbst. Aber das neu geschaffene “amerikanische Oberkommando für Afrika“ (kein Witz!) steht vor dem Umzug aus Stuttgart nach Westafrika.

Der Kampf um Afrikas wirkliche Befreiung steht noch bevor!

Andreas Schlüter

Schlagwort: Terrorismus

Viel beschworen wird das Phänomen des Einsatzes von Gewalt – gegen Menschen – zur Durchsetzung politischer Ziele, eindruckliches Beispiel war der Opiumkrieg Englands Mitte des Neunzehnten Jahrhunderts gegen China zur Öffnung der chinesischen Häfen für den englischen Opiumhandel. Allerdings möchte uns die mediale Offensive glauben machen, dass Terrorismus ausschließlich durch fanatische Turbanträger oder höchstens noch von durchgeknallte Antimperialisten der RAF durchgeführt würde.

Die einfache Formel

Der große Noam Chomsky hat es schon lange auf den ironischen Punkt gebracht: Terror ist immer das, was die anderen machen (die nicht in der vielgelobten Wertegemeinschaft aufgehen). Die sich bereits abzeichnenden Folgen der Klimakatastrophe könnten auch die USA mit ihrer Weigerung, auch nur das Kioto-Protokoll zu unterzeichnen, als Öko-Terroristen erscheinen lassen, nach dem Motto, wenn Ihr nicht wollt, dass die Welt untergeht, dann tut was, wir verdienen derweil!

Der große Bluff

Nun, nehmen wir mal an, die Existenz islamistischer Terroristen würden den großflächigen Abbau von demokratischen Rechten rechtfertigen, weil das Risiko bestünde, dass eine gewisse Anzahl von Menschen einem Anschlag zum Opfer fallen könnte, wieso rechtfertigt dann eigentlich nicht schon lange die Straßenverkehrs-Statistik mit ihren eindeutigen Aussagen zu den Toten durch Raserei sowie die ökologische Bedrohung das Tempolimit auf Autobahnen? **Ein kopfschüttelnder Gruß an alle, die an den Weihnachtsmann glauben!**
Andreas Schlüter



Ackern bis zur Gruft

Die Sozialpolitik der Zukunft setzt auf den reibungslosen Übergang von der Werkbank ins Leichenschauhaus

Neues aus der Hartz-IV-Welt

Jobcenter verhindern Arbeitsaufnahme im 1. Arbeitsmarkt

Eine FORSA-Umfrage brachte jetzt zutage, dass jeder zweite Personalchef bei Bewerbern über 45 Jahren vor allem auf den Nachweis aktueller Weiterbildungen achtet. Sie sind zum wichtigsten Einstellungskriterium geworden. Qualifikationen wie Erststudium und Berufsausbildung spielen nur noch eine untergeordnete Rolle. Das hat sich leider nicht bis zu den Jobcentern herumgesprochen. Dort werden kaum noch Weiterbildungen, vor allem bei über 50jährigen, bewilligt und somit Chancen zum Wiedereinstieg verschenkt.

Nürnberger Bundesagentur für Arbeit verbietet befristete Neueinstellungen

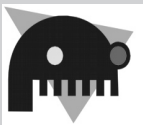
In Berlin ist jeder Dritte der 5700 Beschäftigten der Jobcenter nur befristet eingestellt. Ohne sie sähe die Betreuung der 588.000 Berliner, die Leistungen beziehen, noch schlimmer aus. Ein neuer Geniestreich von Weise und Co.

Bundesverfassungsgericht: 11 Kommunen klagen gegen Konstrukt der Jobcenter

Sie halten es für verfassungswidrig, dass Arbeitsagentur und Kommunen gemeinsam das Sagen haben. Das Urteil wird in Kürze erwartet. Siegen die Kläger, muss die Betreuung von rund 7 Millionen Hartz-IV-Beziehern neu organisiert werden. BMB

AK ELViS

Erwerbslosen-Versammlung in Schöneberg Roten Insel, Feurigstr. 68



Infos&Hilfe zu ALG-II

Jeden Donnerstag 10-12 Uhr

Erwerbslosenfrühstück

Jeden 2. und 4. Donnerstag, 10-12 Uhr

10

Einer muß den Bluthund machen. Und da sich Franz Müntefering (SPD) aus dem politischen Tagesgeschäft zurückgezogen hat, war es Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) vorbehalten, eine erneute Anhebung des nominellen Renteneintrittsalters, diesmal auf 70 Jahre, vorzuschlagen. Daß es sich dabei nicht um einen Schuß ins Blaue handelte, zeigen die Reaktionen von Kapitalvertretern und Politikern. Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank AG, Norbert Walter, forderte in der Passauer Neuen Presse (Freitagausgabe), spätestens zu Beginn der nächsten Legislaturperiode im Herbst 2009 eine Anhebung auf 70 Jahre bis zum Jahr 2020 festzuschreiben. Rente mit 67 reiche nicht aus, um die steigende Lebenserwartung auszugleichen, so Walter.

Ähnlich äußerte sich der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Klaus Zimmermann. Seinem Amtskollegen vom Münchner Ifo-Institut, Hans-Werner Sinn, ist das allerdings viel zu wenig. Er verwies auf Berechnungen der UN, wonach die Deutschen bis 77 arbeiten müßten, wenn das heutige Rentenniveau ohne Erhöhung der Beitragssätze und Steuern beibehalten werden solle. Sinn verschweigt dabei geflissentlich, daß eine Erhöhung des Renteneintrittsalters angesichts der schlechten Chancen älterer Menschen auf dem Arbeitsmarkt, keineswegs die durchschnittlichen Anwartschaften erhöhen, sondern lediglich die Rentenbezugsdauer verkürzen würde. Schon jetzt erreichen die wenigsten abhängig Beschäftigten jene 45 Versicherungsjahre, mit denen man abschlagsfrei in die Rente gehen kann.

In der CSU stieß Schäubles Vorstoß auf wenig Gegenliebe. Sowohl Verbraucherminister Horst Seehofer als auch der sozialpolitische Sprecher der Bundestagsgruppe, Max Straubinger, distanzierten

sich. Und auch Sozialdemokraten wollten angesichts des Ärgers, den ihnen Münteferings »Rente mit 67«-Coup eingebracht hatte, nicht auf den Zug aufspringen. Ihr »Sozialexperte« Karl Lauterbach vertrat in mehreren Zeitungen die Auffassung, daß man die weitere Absenkung der gesetzlichen Rente in Kauf nehmen und im Gegenzug die private Vorsorge ausbauen sollte. In der Passauer Neuen Presse sprach der Politiker von einer »regelrechten Todeszone« der Rentenversicherung bei den jetzt 45- bis 55jährigen. Diese verzichteten oft auf eine private Zusatzversicherung – in dem Glauben, daß die gesetzliche Rente genüge, um ihren Lebensstandard zu halten. Die Riester-Rente müsse als Pflichtversicherung eingeführt werden, eine weitere Alternative sei die betriebliche Altersvorsorge, sagte der »Experte«.

Wer wie Lauterbach als Abgeordneter über eine staatliche Pensionsgarantie von mehreren tausend Euro pro Monat verfügt, kann sich anscheinend nicht vorstellen, daß es Zeitgenossen gibt, die nicht zu dämlich sind, um privat vorzusorgen, sondern denen ganz schlicht das nötige Geld dafür fehlt. Und daß Millionen Menschen, die sich zwischen Erwerbslosigkeit und prekärer Beschäftigung durchs Leben wurschteln, betriebliche Altersvorsorge nur vom Hörensagen kennen, scheint ihm auch entgangen zu sein.

Viele Politiker und Medien betreiben angesichts des sich anbahnenden sozialen Desasters bei den Alterseinkommen eine Art vorsorgendes Armen-Bashing. Der Tenor lautet: Wer nicht vorsorgt, ist selber schuld. Und muß dann sehen, wie er bis zum Ende seiner Tage mit der an die »Hartz IV«-Sätze gekoppelten sogenannten Altersgrundsicherung klarkommt jw, 24.11.07

Hartz-IV-Nachrichten

Dezember: Wieder verzögerte Auszahlung des ALG-II?

Ausgerechnet im Dezember aktualisieren die Jobcenter ihre Software A2LL. Die Bundesagentur musste auf Nachfrage zugeben, dass etliche Bezieher erst „zeitlich versetzt“ ihre Leistungen erhalten werden. Die Bezieher werden getröstet, dass sie sich ja Vorschuß zahlen lassen könnten - haha!!!

Schon wieder Tod durch Hartz-IV

In Neumarkt St.Veit verstarb eine 50jährige Frau, weil sie ihre Stromrechnung nicht bezahlen konnte und von den Stromversorgern gesperrt wurde. Es war bekannt, dass die Frau schon ein Jahr ohne Strom lebte - doch die Behörden taten nichts. Um wenigstens etwas Licht zu haben, hatte sie Kerzen in der Wohnung angezündet. Eine Kerze vergass sie jedoch zu löschen, was zum folgenschweren Brand und ihrem Tod führte.

Grüner hetzt gegen Hartz-IV-Empfänger

Der Grüne Oswald Metzger diffamiert pauschal Leistungsbezieher. Menschen, die von Sozialleistungen leben, hätten „ihren Lebenssinn darin, Kohlenhydrate oder Alkohol in sich hineinzustopfen, vor dem Fernseher zu sitzen und das Gleiche den eigenen Kindern angedeihen zu lassen“. Die Kinder

von Hartz-IV-Betroffenen „lernen nichts, verdummen buchstäblich durch vielerlei elektronische Medien und kommen als Sechsjährige übergewichtig in die Schule“, so Metzger. „Auf der Basis eines solchen Systems immer noch höhere Zuschüsse zu geben, steigert nur die Verwahrlosung.“ Ein bemerkenswertes Menschenbild des Grünen!



Arbeitsplätze schaffen statt Beruhigungspillen

Der Bundesgeschäftsführer der Volkssolidarität, Dr. Bernd Niederland, fordert dringend Maßnahmen gegen die Altersarmut. Angesichts der Mitverantwortung der Politik für diese Entwicklung fordert er die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. „Wenn der erste Arbeitsmarkt dafür nicht genügend Möglichkeiten bietet, müsse über einen gemeinwohl- und sozial orientierten Arbeitsmarkt entsprechende Arbeitsplätze geschaffen werden.“

Mehr Infos zu den Kurzmeldungen finden Sie im Internet unter www.gegen-hartz.de



Sybill Klotz: Das Recht und das Geld

Es war einmal eine Sozialdezernentin namens Sybill Klotz. Die hatte sich eisernes Sparen bei der Grundsicherung für Betroffene auf ihre Fahnen geschrieben.

Da kam eines Tages Herr G. in ihr Amt und wollte umziehen. Nicht etwa aus Langeweile, sondern aus medizinischen Gründen und noch dazu in eine größere Wohnung im Kiez. Doch er hatte die Rechnung ohne Frau Klotz und ihr Amt gemacht.

Mehrfach versuchte er dem Amt klar zu machen, dass er nicht aus seinem Kiez wegziehen wolle, sondern in Schöneberg bleiben wolle. Doch man war der Meinung: Das interessiert uns nicht.

Es gab zwar entsprechende medizinische Gutachten der behandelnden Ärzte und des Versorgungsamtes, die das schwarz auf weiss bestätigten. Doch Frau Klotz war das egal.

Es gab eine Stellungnahme der zuständigen Senatsverwaltung, die ebenfalls einen Umzug und die Übernahme von Wohnkosten bis 444 Euro für richtig hielt. Doch Frau Klotz war das egal.

Herr G. wandte sich in seiner Verzweiflung an TV-Berlin - Harry hilft. Im Vorfeld versuchte man dort ebenfalls eine Lösung zu finden. Doch Frau Klotz schickte ihren Rechtsvertreter vor, der auto-

ritär auf seiner Rechtsauffassung beharrte. Keine Lösung möglich!

Selbst bei einem Gespräch erklärte Frau Klotz noch arrogant, dass sie keine Möglichkeit für Einzelfallentscheidung sehe und die Auffassung ihres Amtes rechtens sei.

Dienstaufsichtsbeschwerden wischte sie handstreichartig vom Tisch: Interessiert mich nicht!

Blieb als letzte Lösung nur der Gang zum Gericht. In der ersten Instanz bekam Herr G. weitestgehend Recht, dass das Amt eine teurere Wohnung bezahlen müsse, wenn keine preiswerte zu finden sei. Doch Frau Klotz war das wiederum egal. Sie ließ weiterklagen. Und es kam, wie es kommen musste: Vor dem Landessozialgericht verlor Frau Klotz samt ihres Amtes. Jetzt muss ihr Amt die höheren Kosten übernehmen. Jetzt muss ihr Amt die Kosten des Verfahrens tragen. Jetzt muss ihr Amt den Rechtsanwalt des Herrn G. bezahlen, eine vierstellige Summe. Alles unnötige Kosten, die bei Einlenken des Amtes dem Steuerzahler erspart geblieben wären. Und das Ganze ist kein Einzelfall!

Mit einer derartigen Verhältnis zu Recht und Geld hat die Sozialdezernentin einmal mehr ihre Überforderung mit der Materie und ihre Unfähigkeit zum einfühlsamen Umgang mit Betroffenen gezeigt. Früher hätte das Konsequenzen gehabt: Man wäre zurückgetreten, aber heute klebt man an seinem Posten. **BMB**



Neues aus der Hartz-IV-Welt

Fragebogenaktion: Sanktionen auf den Grund gehen

Die Berliner Kampagne gegen Hartz IV befragt derzeit Erwerbslose nach ihren Erfahrungen mit Sanktionen durch die Jobcenter.

Sie will die Praxis der Jobcenter öffentlich machen, weil sie zu einem die Erwerbslosen um ihre Existenzgrundlage bringen und zum anderen oftmals Bestimmungen gesetzwidrig angewendet werden.

Die Berliner Kampagne bietet Betroffenen ein Gespräch an, in dem sie sich mit dem konkreten Fall beschäftigen.

Die Umfrage soll bis zum Jahresende dauern. Anschließend werden die Fragebögen ausgewertet und das Ergebnis veröffentlicht.

Die Fragebögen können im Internet heruntergeladen werden: http://www.hartz-kampagne.de/pdfs/langfassung_final_2007_10_09_jf_m_extra.pdf oder Sie fragen in unserer Geschäftsstelle nach.

Die Fragebögen können u.a. bei der Berliner Mietergemeinschaft, in einem separaten Briefkasten im Haus der Demokratie, in diversen Stadtteilläden (z.B. Halk Kösesi) abgegeben werden. Sollten Sie keine dieser Möglichkeiten nutzen können, leitet auch der AK ELViS diese weiter.

Dramatisch gestiegene Lebenshaltungskosten bei Hartz-IV-Empfängern

Zu diesem Ergebnis kommt Prof. Brachinger (Universität Fribourg, Schweiz).

Um den Lebensstandard zu halten, der der Kaufkraft von 345 Euro im Jahre 2003 entspricht, müsste ein Hartz-IV-Empfänger derzeit mindestens 373 Euro im Monat erhalten.

Mehr unter <http://frontal21.zdf.de/ZDFde/inhalt/4/0,1872,7127684,00.html>

BMB

Josef M. - krank oder arbeitsfähig?

Wird man zum medizinischen Dienst der Arbeitsagentur einbestellt, kann man sein blaues Wunder erleben. Es arbeiten da mitunter Mediziner, an deren Sachverstand man verzweifeln kann. So ist es auch Josef M. geschehen.

Dem Jobcenter war er schon länger ein Dorn im Auge. Dort wollte man nicht so recht glauben, dass er wirklich krank sei. Also gibt man ein Gutachten in Auftrag.

Und hier schlägt die große Stunde der Frau Dr. Sabine S.

Von der Begutachtung des Josef M. hält sie nichts, sondern:

„Dieses Gutachten ist entsprechend unseren Vorschriften nach Aktenlage erstellt worden. Es gründet sich auf zwei Krankenhaus-Entlassungsberichte sowie auf Koronarangiographie-Befund.“

Immerhin räumt sie noch ein:

„Sofern weitere gesundheitliche Einschränkungen geltend gemacht werden, über die dem Gutachter keine Befunde vorliegen, bitten wir um eine Rückinformation.“

Sie kommt aufgrund weniger, nicht ausreichender medizinischer Befunde zum Ergebnis:

„Herr M. kann vollschichtig auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt leichte bis zeitweise mittelschwere Tätigkeiten unter Beachtung des negativen Leistungsbildes ausüben.“

Dann zählt sie die von ihr gefundenen Krankheitsbilder auf:

„Aufgrund einer Erkrankung des Herzens, auf Einnahme von Blutgerinnungsmitteln, Bluthochdruck, Gerinnungsstörungen und Zustand nach

Beinvenenthrombosen, Zustand nach Leistenbruch-Operation und Zustand nach Entfernung eines Darmpolypens von Juli 2006 und Ängsten ...“

Immerhin eigentlich eine beachtliche Liste, die eigentlich eine ganze Reihe von Einschränkungen belegen. Deshalb kommt sie zu dem Schluss, dass folgende Tätigkeiten zu meiden sind:

„Hohe Anforderungen an das Konzentrations- und Reaktionsvermögen, hohe Anforderungen an das Umstellungs- und Anpassungsvermögen, Zeitdruck/Leistungsdruck, häufiges Bücken, häufiges Heben und Tragen ohne mechanische Hilfsmittel, einseitige Körperhaltung ohne Gelegenheit zum Ausgleich, Klettern, Steigen oder Bewegen in unebenem Gelände, häufiges Knien und Hocken, Nachtschicht, arbeitsmedizinisch definierte Hitzearbeit, Absturzgefahr aus großer Höhe, hohe körperliche Belastungen, Belastungen durch Nässe, Kälte, Zugluft oder Temperaturschwankungen, unregelmäßige Arbeitszeiten, Verletzungsgefahr. Die Möglichkeit zum wiederholten Haltungswechsel zwischen Gehen, Stehen und Sitzen sollte gewährleistet sein. Aufgrund der Behandlung mit gerinnungshemmenden Medikamenten sollten keine Tätigkeiten mit Verletzungsgefahr verrichtet werden.“

Spätestens nach dem Lesen dieser Stellungnahme frage ich mich ganz entgeistert, ist diese Ärztin noch ganz bei Sinnen? Nicht einmal eine persönliche Begutachtung, sondern Entscheidung nach Aktenlage. Für mich ist Josef M. eigentlich ein Fall für die Grundsicherung, nicht für den Arbeitsmarkt. Was meinen Sie dazu? Schreiben Sie uns!

BMB

Termine

Treffen BO Schöneberg

Bitte telefonisch erfragen

Treffen BO Tempelhof

Dienstag, 11.12., 19.30 Uhr,
Vereinseck, Friedrich-Wilhelm-Str. 67

Bezirksvorstand

Bitte telefonisch erfragen

Offene Lupe-Redaktion

Bitte telefonisch erfragen

AG Migranten- und Flüchtlingspolitik

Bitte telefonisch erfragen

Wahlkreisbüro Hakki Keskin

Sprechzeiten:

Nur nach
vorheriger
telefonischer
Terminab-
sprache

Telefon:
70 50 97 07

Fax: 70 50 97 09

E-Mail: hakki.keskin@
wk.bundestag.de

IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE.
Berlin, Kleine Alexanderstr. 28,
10178 Berlin

Redaktion: DIE LINKE.
Tempelhof-Schöneberg

Bankverbindung: DIE LINKE.
Tempelhof-Schöneberg, Konto:
43 84 81 68 06, Berliner Bank,
BLZ: 100 200 00

Erscheinungsweise: 10-12mal
Auflage: 1000 Exemplare
Chefredakteur (V.i.S.d.P.):
Carsten Schulz

Layout: Bernd Michael Büttner
Druck: Bunter Hund
Namentlich gekennzeichnete
Artikel geben die Meinung des
Autors wieder und entsprechen
nicht immer der Meinung der
Redaktion und des Bezirksvor-
standes.

Redaktionsschluss: 1.12.2007

Erstverteilung: 8.12.2007

Die nächste „Lupe“ kommt
Anfang Februar 2008.

Aus dem Bundestag

Özellikle de son bir kaç yıldır uyum konusu sürekli gündemde tutulmakta. Ve göçmenlerin Almanya'ya Alman toplumuna uyumu istenmekte. Yani tek taraflı bir uyum anlayışı. Bu bağlamda zirveler düzenlenmekte, çalışma grupları oluşturulmakta ve konseptler yazılmakta. Bu konseptlerde sorunların adı en doğru şekilde konulmakta ve atılması gerekli olan adımlar da yer almakta.

Ancak uyumun hayat bulabileceği, gerçekleştirileceği yerde her şeyin çok farklı olduğu görülmekte. Politik sorumluların, medyanın ve sanki özel aranıp bulunmuş, onların tasdikçisi bir iki göçmen kökenlinin özel çabalarıyla genelde çoğunluk toplumunda hakim olan: göçmenler dil sorununu çözmüş ve pek de gönüllü değiller. Bazı göçmenlerin Almanya'ya uyumu zor, kültürel farklılıklar bunu engelliyor veya bazı gruplar zaten uyum sağlamak istemiyor, onlar kendi içlerinde kalma yanlısıdır.

Zaten tek taraflı olarak gelişmesi beklenen uyumun da böylece hayat bulması engellenmektedir.

Oysa yıllardır uyum için gerekli olanı, olmazsa olmazları defalarca yazan ve söyleyenlere kulak verilse, böyle bir niyet olsa, kişilerin hangi kültüre bağlı olduklarından bağımsız, yeni geldikleri toplumda eşit haklara sahip olması ve yaşadığı toplumda kabul gördüğünü hissetmesi yeterlidir. O andan itibaren uyum süreci zaten kendiliğinden başlar ve artık dışarıdan akıl hocalığı ve

Şartlar değişmedikçe

zorlamalar da gerektirmez. Almanca dilini en iyi öğrenmek için düzgün olanakların sunulması, okul- eğitiminde gerekli desteğin verilmesi, meslek edinme imkanlarının genişletilmesi, iş piyasasında dışlanmanın engellenmesi ve politik sürece dahil edilme gerçekleşse, uyum için en önemli adımlar atılmış olacaktır.

Halen yuvaya başlayan, ana dili almanca olmayan çocuk, okul yaşına geldiğinde yaşının gerektirdiği kadar Almanca bilmiyorsa ve özellikle de dilden kaynaklanan okul başarısızlığında gerekli destek sunulmuyorsa, bu beraberinde iş hayatına geçişi sağlayacak meslek eğitim yerini bulmasını da engellemişse ve Almanyalı olmasına rağmen yabancı muamelesi görüyorsa, bu kişinin bu topluma uyum sağlaması nasıl beklenebilir.

Yazımın başında bahsettiğim konseptlerden birini de, Almanya genelinde en iyi diyebileceğimiz bir uyum konseptini, bu yıl Berlin Eyaleti geliştirerek karara bağladı. Yazılanların yalnızca keğit üzerinde kalmaması gerekir. Bu bağlamda hayata geçirilmesinde biz göçmen kökenli Berlinlilere de büyük görev düşmektedir. Kendini uyum sürecine de katkıda bulunmakla görevlendirmiş göçmen derneklerinin, sözcülüğünü üstlendiği gruplarla birlikte bu yazılanların takipçisi olma gibi bir sorumluluğu vardır. Aksi takdirde yıllar sonra bu sorunlar çocuklarımızın belki de başa gelebileceği kadar derinleşmiş olacaktır.

Figen İzgin

Friede auf Erden

aber wohl noch lange nicht für die Palästinenser

Bringt die Konferenz von Annapolis (27.11.) und die Aufnahme von Verhandlungen am 12. Dezember dem Nahen Osten Frieden? Seit dem 22. November 1967 (kurz nach dem Ende des Sechstagekrieges) gilt die Resolution 242 der UN, die Israel zum Rückzug aus den in jenem Krieg besetzten Gebieten auffordert. Viele lange Jahre ist es her, dass die Palästinenser durch ihre Kampforganisation, die PLO, das Existenzrecht Israels anerkannt haben. Sie haben damit auf rund 75% ihres Gebiets verzichtet. Einen größeren Kompromiss kann man sich kaum vorstellen. Und so kann es nur eine Lösung geben: Die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates, bestehend aus dem Westjordanland und dem Gaza-Streifen, mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt - Punkt!

Was Recht ist...

Viele Menschen, die man heute als leuchtende Vertreter jüdischen emanzipatorischen Geistes bezeichnen kann, stimmen darin überein, so Noam Chomsky (Sprachwissenschaftler und politischer Analytiker), Norman Birnbaum (Soziologe), Emanuel Todd (Historiker), Felicia Langer und Uri Avneri (israelische Friedensaktivisten) sowie Norman Finkelstein (Politologe) und viele mehr. Diese großen Geister werden zusammen mit abertausenden von Menschen in Israel nicht müde, Recht für die Palästinenser zu fordern. Sie wissen, dies ist der einzige Weg, allen Menschen in der Region Frieden zu verschaffen. Die Lösung ist also ganz einfach. Aber eine große Zahl von Leuten im Westen und in Israel lassen sich von den kommerziellen Medien täuschen und glauben machen, eine Lust am Terror seitens der Palästinenser wäre das Hindernis.

Eine neuerliche Friedens-Show

Der frühere Botschafter Israels in Deutschland, Avi Primor, hat Recht, wenn er (Süddeutsche Zeitung vom 28.11.07) sagt, das Ganze (Annapolis) sei vor allem eine Show-Veranstaltung gewesen. Allerdings liegen die Gründe dafür, dass die realen Aussichten für Frieden so miserabel sind, nicht nur in der Verstocktheit der politischen Öffentlichkeit Israels und im Fast-Bürgerkrieg der Palästinenser. Wahr ist, Politiker sind heute Schauspieler an den Fäden der wirklich Reichen und Mächtigen und auch Palästinenser-Präsident Abbas ist schon ein Schauspieler, der sich über einen Händedruck mit Bush und Olmert fast so freut wie über ein unabhängiges Palästina. Noch scheinen die USA das Spannungsfeld um ihren "Flugzeugträger" Israel zu brauchen, um die Umgebung weiter unter Druck setzen zu können. Wen wundert es da, dass Merkelchen auch ein bisschen versuchen möchte, als Show-Diva in dieser Frage mitzuspielen. Fehlt nur noch ein Trostwort von Joseph Fischer!

Andreas Schlüter

Warnung an alle Teilnehmer von Jahresveranstaltungen (24.12. - 31.12.):

Es wird gebeten, sich in Acht zu nehmen vor:

- herumfliegenden Geflügelknochen,
- Lawinen aus Geschenkpapier,
- schweren Marzipanvergiftungen und
- Zahnfüllungen aus Krokant und Nougat,
- vor auf dem Boden liegenden Spielsachen, insbesondere wenn sie rollen,
- sowie vor unsachgemäß gezündetem Sylvester-Feuerwerk!